

G-7

Titel GESUNDHEIT?
Antragsteller*innen Jusos Oberbayern
Adressat*innen

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

GESUNDHEIT?

- 1 Spätestens durch die Corona Pandemie und den Krieg in der Ukraine wurde uns erneut vor Augen geführt,
 2 dass die Gesundheit der Bevölkerung das höchste Gut, welches wir als Gesellschaft besitzen. Egal ob physische
 3 oder psychische: Ohne eine adäquate medizinische Versorgung sinkt die Lebensqualität und Leistungsfähig-
 4 keit rapide. Um diese in Oberbayern zu verbessern, muss der Druck auf die Bundesebenen noch erhöht werden
 5 um konkrete und dringende Verbesserungen zu erzielen, dennoch haben gibt es auch vielfältige Verbesse-
 6 rungsmöglichkeiten der regionalen medizinischen Versorgung:
- 7 • Oberbayern braucht eine großangelegte Initiative für Patient*innenverfügungen. Die Verfügungen sind
 8 meist mit Betreuungsverfügungen verbunden, somit wird darin verankert, welche Vertrauensperson
 9 im Ernstfall Angelegenheiten des täglichen Lebens regeln darf und soll. Die wenigsten Menschen ha-
 10 ben sich bereits mit diesem wichtigen Thema auseinandergesetzt. Eine Patient*innenverfügung sorgt
 11 dafür, dass der Mensch bis zum Schluss selbstbestimmt bleibt. Doch vielen Menschen fehlt die Ein-
 12 heitlichkeit der Formulare und die adäquate Aufklärung und Beratung. Dies muss dringend geändert
 13 werden. Das Verfügungsformular muss vereinheitlicht werden und eine oberbayernweite Kampagne
 14 mit Aufklärungsveranstaltungen und Werbemaßnahmen muss gestartet werden. Die Kooperation mit
 15 allgemeinmedizinischen Praxen, Hausärzt*innen und medizinischen Versorgungszentren ist anzustre-
 16 ben.
 - 17 Neben der Vereinheitlichung soll ein zentrales Register aufgebaut werden, in dem auf Freiwilligkeit
 18 basierend die Verfügungsinhalte abgelegt sind und im Bedarfsfall durch die Behandelnden abgerufen
 19 werden können.
 - 20 • Das Thema Sterben und der Tod muss enttabuisiert werden. Dies sind bedeutsame Teile des Lebens
 21 und Menschen sollten genauso unterstützt werden, ihr Sterben selbstbestimmt zu gestalten, wie es bei
 22 ihrer Lebensgestaltung der Fall ist. Das Angebot von Palliativstationen und Hospize müssen dringend
 23 ausgebaut und verbessert werden. Hierbei müssen die Bedürfnisse der Patient*innen sowie Angehörig-
 24 er in den Mittelpunkt gestellt werden. Deutschland hat im Moment das nationalgeschichtlich liberalste
 25 Sterbegesetz und wir müssen dieser Verantwortung nicht nur in Gesetzestexten, sondern auch im Ver-
 26 sorgungsausbau gerecht werden. Hospize sind wichtige Bestandteile der selbstbestimmten Sterbebe-
 27 gleitung und deren Ausbau und Qualitätssteigerung liegt somit im Interesse der Gesamtbevölkerung.
 28 Denn Selbstbestimmung kann nicht bei der Art und des Zeitpunkts des Todes aufhören.
 - 29 • Der Bereich der professionellen Versorgung von in Obhut genommenen Kindern und Jugendlichen
 30 muss ausgebaut werden, die Kriterien vor allem im Bereich für eine Betreuung durch Pflegefamilien
 31 müssen vereinheitlicht werden. Insgesamt müssen dringend die Jugendämter und die gesamte Kinder-
 32 und Jugendhilfe-Struktur im Bezirk gestärkt werden – professionell, finanziell und personell.
 - 33 • Konkrete Maßnahmen speziell zur Verbesserung und Stabilisierung der psychischen Gesundheit von
 34 Kindern und Jugendlichen:
- 35 1. Festigung von präventivem Arbeiten zum Thema psychische Gesundheit an den Schulen. Denn wir pro-
 36 fitieren gesamtgesellschaftlich, wenn vor allem Kinder und Jugendliche frühzeitig für ihr seelisches/psy-

- 37 chisches Wohlbefinden sensibilisiert werden und wichtige Werkzeuge zur Erhaltung dieser erlernen. Im
38 Kontext Schule sollten entsprechende Foren bzw. Unterstützungsnetzwerke aufgebaut und das Thema
39 psychische Gesundheit prophylaktisch normalisiert und damit auch enttabuisiert werden. In diesem
40 Kontext kann auch die Prävention von Mobbing einen Platz im Schulalltag erlangen.
- 41 2. Die ambulanten und stationären Psychotherapie Plätze für Kinder und Jugendliche müssen ausgebaut
42 werden. Vor allem in frühen Jahren ist es wichtig, schnell Hilfe zu bekommen, da die Betroffenen in
43 dieser Zeit in einer besonders engen Wechselbeziehung mit ihren Familienangehörigen stehen und
44 Störungen der Entwicklung in sensiblen Phasen oft jahrelangen Förderbedarf nach sich ziehen.
- 45 3. Die aktuelle Versorgungslage bzw. -struktur muss dringend von der KVB evaluiert und verbessert wer-
46 den. Auch niedrigschwellige Angebote zur Begleitung und Nachsorge sollten hier mehr Bedeutung er-
47 halten.
- 48 4. Entwicklungsdiagnostikplätze müssen gerade in ländlichen Regionen angeboten und ausgebaut wer-
49 den um Wartezeiten auch hier, die in der Folge zu Wartezeitverlängerungen zur Therapie (z. B. §35a
50 SGB8 HPT) führen, zu verkürzen.
- 51 5. An den kbo-Kliniken sollen Transitionsstationen (Versorgung von 16- bis 25 Jährigen) etabliert werden
52 um die Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Übergang zum Erwachsenenalter zu gewährleis-
53 ten.
- 54 • Der Krisendienst Bayern muss stärker mit allen Ebenen der Versorgungsstrukturen besser zusam-
55 menarbeiten, besonders die präklinischen Versorgungsstrukturen Rettungszweckverbände, KVB, Trau-
56 maambulanzen, Leitstellen, um Doppelungen in den Zuständigkeiten zu vermeiden und die Belastun-
57 gen zu reduzieren sowie eine zielgerichtete Versorgung frühzeitig sicherzustellen und Wartezeiten zu
58 verkürzen. Um die Rettungsdienste zu entlasten und frühzeitig niedrigschwellige psychiatrische Ange-
59 bote zu machen, sollen mobile Einsatzstruktur im Krisendienst ausgebaut werden.
 - 60 • Kommunen müssen in die psychiatrische Versorgung eingebunden werden. Diese sollen in ambulan-
61 ten Angeboten wie Ambulanzen und mit dem Ausbau von psychiatrischen Behandlungskapazitäten in
62 kommunalen KHs an der Versorgung beteiligt werden. Hierbei muss finanziell vom Bund unterstützt
63 werden. Die Versorgung darf nicht von regional wirtschaftlichen Schwankungen abhängig sein.
 - 64 • Zur Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten (STDs) brauchen wir ein niedrigschwelliges, an-
65 onymes, flächendeckendes und kostenloses Angebot für Tests auf Geschlechtskrankheiten. Dieses An-
66 gebot sollte begleitet werden von sexpositiven Aufklärungskampagnen, die eine Entstigmatisierung
67 und Prävention zum Ziel haben. Daher sollte auch auf den kostenlosen, niedrigschwelligen, anony-
68 men und möglichst flächendeckenden Zugang hingewiesen werden. Die Aufklärungskampagnen sol-
69 len sowohl in Schulen, Jugendzentren und anderen Bildungs- sowie Jugendeinrichtungen von qualifi-
70 ziertem Personal durchgeführt werden, als auch durch mediale Aufklärungskampagnen in Print und
71 Digital durchgeführt werden. Die Präventionsmaßnahmen sind auch in Ausnahmezuständen ähnlich
72 der COVID-19 Pandemie aufrechtzuerhalten. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Testungs- und
73 Präventionsangebote aufgrund der Pandemie nicht stattgefunden haben. Dies darf sich nicht wieder-
74 holen.
 - 75 • Tagessatzverhandlungen mit dem Bezirk müssen effektiver und produktiver gestaltet werden. Auf-
76 grund des Bundesteilhabegesetzes werden Prozesse und Verhandlungen immer aufgeblähter. Das er-
77 schwert vielen Einrichtungen die tägliche Arbeit und Liquiditätssituation!
 - 78 • Angebote der Behindertenarbeit sollen nicht nur auf Nachfrage der Einrichtungen, sondern auch in
79 Zusammenarbeit mit dem Bezirk erfolgen.

Antragsteller*innen

Jusos Oberbayern

E-Mail: buero@jusos-obb.de

Telefon: